Fotos: Imago Stock, Reuters

Lächeln, winken und gegen Brüssel – den Quell allen Übels – wettern: FN-Chefin Marine Le Pen und Syriza-Boss Alexis Tsipras.

Extremistische Internationale

Linke und rechte Populisten schließen sich zusammen, um die EU zu bekämpfen. Aus unterschiedlichen Gründen zwar, aber mit demselben Ziel: Die Union soll nicht zu mächtig werden.

Anton Pelinka

Marine Le Pen, Vorsitzende des französischen Front National, gratuliert der linksextremen Syriza zum Wahlerfolg in Griechenland. Beide holen sich Segen und Zuwendungen von Putins Russland. Syriza ist in einer Koalition mit einer rechtsextremen Partei. Und beide sind sich einig in der Ablehnung einer Stärkung der EU.

Das alles sollte nicht überraschen. Die Geschichte der europäischen Integration wurde vom Zusammenspiel von Links- und Rechtsextremisten begleitet. Als 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung scheiterte, war dies die Folge des Abstimmungsverhaltens von Kommunisten und Nationalisten. Und auch 2005, als der EU-Verfassungsvertrag beim Referendum in Frankreich abgelehnt wurde, war es die Gemeinsamkeit von Rechts- und Linksextremen, die den Ausschlag gab.

Dahinter steht keine Verschwörungszentrale, in der Links- und Rechtsextremisten gemeinsame Sache machen. Aber ebenso wenig ist die antieuropäische Gemeinsamkeit der Extremisten von links und rechts ein Zufall. Beide sind durch die Ablehnung der liberalen Demokratie verbunden, die sie geringschätzig als „Formaldemokratie" abtun – und sie könnten sich in dieser Haltung sowohl auf Goebbels wie auch auf Lenin berufen. Beide sind geprägt von der Neigung zu einem Fundamentalismus, der letztlich alles auf den Gegensatz von „gut" und „böse" zurückführt – auch wenn die linken und die rechten Extremisten nicht übereinstimmen, was „gut" und „böse" ist.

Beide gehen vom unbedingten Vorrang des Interesses eines Teils der Gesellschaft aus: des „Volks", das die einen ethnisch (und latent rassistisch) verstehen, die anderen aber mit einer quasireligiös überhöhten „Arbeiterklasse" gleichsetzen. Beide sehen in der Globalisierung ein unbedingtes Übel – die einen, weil die „Reinheit" des eigenen Volkes und die Souveränität des Nationalstaates in Gefahr sind, und die anderen, weil sie die Globalisierung als Produkt einer „neoliberalen" Verschwörung sehen. Beide sehen in der EU einen Feind. Und damit überspringen sie die rhetorische Gegnerschaft zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken – im Sinne eines oft bestätigten Mottos: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Anton Pelinka: Ablehnung der liberalen Demokratie.
Foto: Corn

Im Europäischen Parlament und in der Kommission gibt es seit langem eine Art große Koalition: Christdemokraten/Konservative und Sozialdemokraten bestimmen den Entscheidungsprozess, unterstützt weitgehend von den Liberalen und den Grünen. Das entspricht ja auch der Geschichte der Integration: An der Wiege der EU standen gemäßigte Rechte (Schuman, Adenauer, De Gasperi) und gemäßigte Linke (Spaak, Mansholt). Ihr Ziel war es, den zerstörerischen Nationalismus, der gerade im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust sein wahres Gesicht gezeigt hatte, für alle Zukunft zu überwinden.

Und diese Zähmung des Nationalismus ist weitgehend, wenn auch nicht endgültig gelungen. Das ist die Erfolgsbilanz der Union: Kriege zwischen Nationalstaaten innerhalb der EU sind undenkbar geworden. Doch wenn es um die Vertiefung der Union geht, wenn die Union durch Kompetenzverschiebungen von den Staaten zur Union gestärkt werden soll, sperren sich einzelne Mitgliedstaaten, die um die Machtfülle ihrer nationalen Regierungen fürchten; und sperren sich auch die Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken.

Es ist nicht der offen antidemokratische Extremismus, der Europa Sorgen machen muss. Der Postnazismus der Goldenen Morgenröte in Griechenland und der deutschen NPD ist nicht das Problem. Es ist der Populismus der äußersten Rechten und der äußersten Linken, ein Extremismus, der sich demokratisch gibt und sich auf „das Volk" beruft, der einer weiteren Vertiefung der EU im Wege steht. Es geht auch nicht darum, dass es unterschiedliche politische Zielvorstellungen in der EU gibt – rechts, in der Mitte, links. Es geht darum, dass die EU nicht die Machtfülle hat, um eine solidarische Flüchtlingspolitik und eine wirklich europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren und umzusetzen. Das liegt auch daran, dass Parteien wie die (linksextreme) griechische Syriza und der (rechtsextreme) Front National in Moskau einander die Klinke in die Hand drücken.

Wann immer es geht, wird ein „mehr Europa" vom populistischen Extremismus der Linken und der Rechten gebremst – ideologisch aus höchst verschiedenen Gründen. Aber in der Realität steht die Gemeinsamkeit, die Marine Le Pen im Jänner 2015 motiviert hat, Syriza zum Sieg bei den griechischen Parlamentswahlen zu gratulieren. Und die Gemeinsamkeit wird bei solchen Anlässen auch beim Namen genannt: die EU und ihr Potenzial, sich zu einem europäischen Bundesstaat zu entwickeln.

ANTON PELINKA (73) war Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Dieser Kommentar basiert auf der Publikation „Die unheilige Allianz. Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa" (Böhlau, 2015). Überdies erschien der Text als Policy Brief der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik: www.oegfe.at/policybriefs

KORREKTUREN

Betrifft: „Seelendruck wird Ausdruck" von Ljubiša Tošić
DER STANDARD, *27. 5. 2015*
Bei der *Götterdämmerung*-Vorstellung an der Wiener Staatsoper (25. 5.) war nicht Tomasz Konieczny als Alberich zu hören, sondern Richard Paul Fink. Konieczny wird den Alberich in der *Götterdämmerung* am 7. 6. geben.

Betrifft: „Die Sprünge des Werfers" von Fritz Neumann
DER STANDARD, *26. 5. 2015*
Ernst Soudeks Frau Martina arbeitet nicht, wie versehentlich vermeldet, für die Bank Austria, sondern für die Raiffeisen Bank International (RBI).

Betrifft: „Nach Kritik am Islam: Präsidenten gekündigt" von Maria Sterkl DER STANDARD, *20. 5. 2015*
Der Titel des Artikels ist aufgrund falscher Zeichensetzung missverständlich, denn nicht der Präsident, sondern der am Präsidenten Kritik Übende wurde gekündigt. Richtig lautet er: „Nach Kritik am Islam-Präsidenten: gekündigt"

Betrifft: Infografik zum Song Contest in Wien
DER STANDARD, *19. 5. 2015*
180 Millionen TV-Zuseher haben Conchita Wurst den Song Contest in Kopenhagen gewinnen sehen, und nicht – wie in der Grafik verlautbart – in Baku. (red)

HANS RAUSCHER

Die Grünen und die finanzielle Überwachung

Danke, ganz lieb. Eva Glawischnig, Chefin der Grünen, will die Nur-Lohnsteuerzahler von der umstrittenen Bankkonteneinsicht durch die Finanz ausnehmen. „Damit hätte man den Großteil der Österreicher aus dieser Regelung draußen."

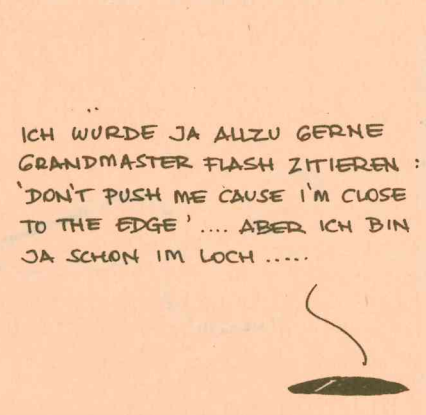
Dieser Vorschlag sagt viel über das Denken der Grünen. Zunächst einmal mutet er ein bisserl verfassungswidrig an (das wäre aber juristisch zu klären). Zweitens, und das ist wesentlich aufschlussreicher bezüglich grünen Denkens an der Spitze, werden damit Unternehmer, kleine Selbstständige, Freiberufler, Ausgaben-Einnahmen-Rechner, Einpersonenunternehmen (EPUs) unter den Generalverdacht gestellt: Steuern werden eh nur von denen hinterzogen. Denn bei Lohnsteuerpflichtigen wird die Steuer ohnehin vom Arbeitgeber abgezogen, und somit spielt sich die Steuerhinterziehung nur im Selbstständigenbereich ab.

Nach diesem, nicht untypischen, Einblick in die Haltung der Grünen zu Wirtschaft und Selbstständigkeit ein Reality-Check. Selbstverständlich können auch Lohnsteuerpflichtige Steuern hinterziehen, nämlich beim beliebten Pfusch. Der wird zwar meist bar abgewickelt, aber wieso soll die Finanz in ihrem Vollständigkeitsdrang nicht im Konto des Auftraggebers nach höheren Barabhebungen und in dem des Auftragnehmers (Pfuschers) nach höheren Selbst-Bareinlagen suchen?

Außerdem erben auch Lohnsteuerzahler manchmal etwas, und das kann zukünftig, wenn doch eine Erbschaftssteuer

Das Grundproblem ist freilich, dass Glawischnig und die Grünen alle Selbstständigen sozusagen unter Generalverdacht stellen. Das ist auch politisch unklug, denn von den 250.000 EPUs oder kleinen Firmen, vor allem im kreativen Bereich, werden doch etliche mögliche Wähler der Grünen sein. Zumal diese ja die persönliche Freiheit und den Kampf gegen elektronische Überwachung in ihren Grundsätzen haben.

Oder ist Überwachung nur pfui, wenn sie von der NSA kommt, nicht aber von der Steuerbehörde? Denn die will jetzt auch Zugriff auf die IP-Adressen, um zu eruieren, wer eine bestimmte E-Mail geschickt hat. Und Fingerabdrücke auch noch. Was kommt als Nächstes? Hausdurchsuchung ohne richterlichen Auftrag?

Aber die Steuer darf doch jetzt schon auf Konten zugreifen? Ja, aber nur in einem förmlichen Steuerstrafverfahren und auf richterliche Anordnung (ab 100.000 Euro Schadenssumme). Und da muss sie extrem aufwendig bei allen Banken abfragen, ob der Verdächtige vielleicht dort ein Konto hat. Das wird zum Kinderspiel, nachdem ein Bankkontoregister eingeführt worden ist.

Die Grünen sind an einer Schlüsselstelle, weil ohne ihre Zustimmung die Regierung nicht die notwendige Verfassungsmehrheit hat. Sie mögen sich daher gut überlegen, ob sie einer überschießenden Maßnahme eines Staates so ohne weiteres zustimmen. Sie drücken damit einem Staat, der selbst keine befriedigende Auskunft über die Verwendung und Verschwendung unserer Steuermittel gibt, ein Instrument für eine finanzielle Rektoskopie der Bürger in die Hand.